

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896**

580 (11.12.1896) Mittagblatt

# Karlsruher Zeitung.

Mittagsblatt.

Freitag, 11. Dezember.

Mittagsblatt.

№ 580.

1896

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Berlin, den 10. Dezember.

Abg. Frhr. v. Stumm (Npt.) begrüßt die Vorlage freudig, hält jedoch eine Prüfung derselben in der Kommission für notwendig. Antwerpen als Anlaufhafen zu Gunsten von Rotterdam aufzugeben, halte er nicht für angebracht.

Staatssekretär v. Stephan hebt besonders hervor, daß infolge der Subvention wieder Tausende von Arbeitern auf den Werften Beschäftigung finden werden.

Abg. Singer (Soz.) meint, eine Kommissionsberatung sei nicht notwendig. Es sei nicht angebracht, daß das deutsche Volk jährlich 1 1/2 Millionen mehr zahle, um dem Auslande billige Frachten zu verschaffen. Redner kommt dann auf den Hamburger Streit zu sprechen und polemisiert besonders gegen die Behauptung des Staatssekretärs v. Boetticher, daß der Streit ein ganz unberechtigter sei. Wenn es nach den Bourgeois ginge, dann hätten die Soldaten die Arbeiter schon lange lahm geschossen, nach dem Bismarck'schen System, dessen Folgen man in Herrn v. Taubach erlebt habe. (Lachen rechts.) Die Vorlage müsse im Interesse der Steuerzahler rundweg abgelehnt werden. Man spreche so viel von den patriotischen Verdiensten des Norddeutschen Lloyd. Derselbe wolle aber, wie jede andere Aktien-Gesellschaft, nichts als Geld für sich heraus schlagen.

Staatssekretär v. Boetticher fährt aus: Der Vorredner hat behauptet, ich hätte einmal anlässlich eines Gastmahles bei den Großindustriellen gesagt: Wir arbeiten nur für Sie. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Auf dem Gastmahle am Niederrhein, welches im Jahre 1881 oder 1882 stattfand, wo es sich darum handelte, die dortigen Industriellen williger zu machen für die soziale Gesetzgebung, habe ich gesagt: Die Gesetzgebung sei zu Nutz und Frommen der Industrie geschaffen. Wir arbeiten ja nur für sie. Ich kann keinen Unterschied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dieser Sache machen. Was den Hamburger Streit anbetrifft, so bin ich nicht der Ueberzeugung, daß ich nicht objektiv geurteilt haben soll. Redner verliest noch einmal die Botschaft der Arbeiter und erklärt, das seien Löhne, um welche sie die Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft beneiden würden. Er bleibe bei seiner Behauptung, daß der Streit der Hamburger Arbeiter ein ganz ungerechtfertigter sei, und er könne es den Arbeitern nicht verdenken, daß sie solchen Arbeitern nicht ein Weiteres zubilligen wollten. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich sodann auf morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission. Rest der heutigen Tagesordnung. Der Antrag, betreffend die Dampfer-Subvention, muß, da Staatssekretär v. Boetticher erklärt, er könne morgen im Hause nicht anwesend sein, vertagt werden. Schluß 5 1/2 Uhr.

## Ein Schiffungslück.

(Telegramme.)

\* Bremen, 10. Dez. Nach einem dem Norddeutschen Lloyd zugegangenen Telegramm ist der Dampfer „Salier“ in der Nähe von Villagarcia verloren gegangen. Die Besatzung betrug 66 Mann und 210 Passagiere. Man befürchtet, daß alle umgekommen sind.

\* Bremen, 10. Dez. Unter den Passagieren des untergegangenen Lloyd-Dampfers „Salier“ befinden sich ein Deutscher Namens Oskar Dreber aus Hannover, 113 Russen, 35 Galizier, 10 Italiener und 50 Spanier.

\* Berlin, 11. Dez. Der untergegangene Dampfer „Salier“, Kapitän Wernsee, ist ein älteres Schiff, das 1875 in Hull erbaut wurde; er ist, wie wir schon kurz meldeten, z. B. als erster deutscher Reichspostdampfer nach Australien gegangen. Er konnte 850 Passagiere und 100 Mann Besatzung aufnehmen.

## Zur auswärtigen Lage.

(Telegramme.)

\* Budapest, 10. Dez. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm Ministerpräsident Baron Banffy das Wort zur Beantwortung einer Interpellation des Abg. Polonyi über die auswärtige Lage. Er sagte, der Herr Abgeordnete hat bemerkt, daß in der letzten Zeit die sogenannte orientalische Frage in eine Gährung gerathen ist, welche zu einer baldigen Lösung drängt. Es liegt mir fern, die Bedeutung der Frage, welche im Orient und speziell im türkischen Reiche der Lösung harret, abzulängeln, aber ich glaube doch bemerken zu müssen, daß in den letzten Monaten und namentlich seit der Thronrede vom 6. Oktober, die sich auch mit unseren Beziehungen zum Auslande befaßt, keine solche Veränderungen im Oriente eingetreten sind, die die damals bestandene Lage zu verändern geeignet gewesen wären.

In einem Punkte stimme ich mit dem geehrten Abgeordneten vollkommen überein. Bei Besprechung des Dreibundvertrages sagte er, daß das gegebene Wort den König und die Nation in so hohem Maße binde, daß Niemand unsere ernste, feste Absicht, unseren vertragsmäßigen Verpflichtungen nachzukommen, bezweifeln kann. Eine solche ehrliche und loyale Auffassung der Sachlage kann die Regierung nur mit Freude begrüßen und es sei mir

gestattet, darauf hinzuweisen, daß gerade aus Anlaß der vom Abgeordneten Polonyi erwähnten Veröffentlichungen der „Hamburger Nachrichten“ die maßgebendsten Faktoren und die gesammte öffentliche Meinung in Deutschland sich auch nachdrücklich für eine unverbrüchliche, loyale Durchführung der vertragsmäßigen Pflichten, die Deutschland im Dreibundvertrage auf sich genommen, ausgesprochen haben.

Die internationale Lage hat sich seit dem Oktober nicht geändert. Ich kann dieselbe auch heute auf Grund gepflegener Rückprache mit dem gemeinsamen Minister des Auswärtigen als vollkommen friedlich bezeichnen.

Ginsichtlich der weiteren Fragepunkte, die sich auf die bekannten Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ beziehen, habe ich schon in der Sitzung vom 2. Dezember erklärt, daß dieselben ein bereits der Geschichte angehörendes Thema betreffen, und ich muß unter Hinweis auf die im Deutschen Reichstage vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Staatssekretär von Marschall gemachten erschöpfenden Darlegungen und mit Rücksicht auf den überaus heiklen Charakter der Frage darauf verzichten, mich auf eine weitere Erörterung derselben einzulassen. Ohne aber auf die detaillirten Fragepunkte einzugehen, habe ich zur Beruhigung der Interpellanten die Erklärung abgegeben, daß ein Vertrag, wie der behauptete, heute zwischen der deutschen und russischen Regierung nicht besteht und daß unsere Beziehungen zu Deutschland die besten und intimsten sind, so daß der Dreibund, wie zuvor, die unerschütterliche, feste Basis unserer Politik und, was ich wohl ohne Ueberhebung sagen darf, auch eine der stärksten Stützen des europäischen Friedens bildet.

Der Interpellant, Abg. Polonyi, antwortete sehr scharf und wurde von dem Präsidenten wegen der Behauptung, Deutschland habe einen Treubruch begangen, unterbrochen. Schließlich erklärte er, einem Bundesgenossen, der einmal solchen Grund zu Mißtrauen gegeben habe, auch fernerhin nicht glauben zu können. Der Vorfall habe übrigens bewiesen, daß nicht jene Bündnisse stark seien, denen geheime Versicherungen und Konventikel der Monarchen zu Grunde liegen, sondern jene, die auf den Sympathien der Völker beruhen und deren Ehre zum Unterpfand haben. (Stürmischer Beifall links.)

Für Kenntnisaufnahme der Antwort Banffy's stimmte die Regierungspartei; alle Oppositionellen dagegen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Danzig, 11. Dez. Wie dem „Lok.-Anz.“ von hier gemeldet wird, sind Vorbereitungen zur Herstellung falscher Rubel'scheine entdeckt worden. Als Agent der wahrscheinlich russischen Hintermänner wurde ein Delonon Namens Hoehz verhaftet.

\* Breslau, 11. Dez. Eine Verammlung von Vertretern der christlich-sozialen Vereinigung für Schließen beschloß einstimmig Trennung von den National-Sozialen und Anschluß an die christlich-soziale Partei.

\* Hamburg, 11. Dez. Auf der Alster sind nur zwei Dampferlinien in Betrieb. Die Deckleute legten wegen Lohnunterschieden mit der Direktion die Arbeit nieder.

\* Dresden, 10. Dez. Die königliche Familie, drei österreichische Erzherzoge, die Staatsminister, das diplomatische Corps, die Generalität und zahlreiche Würdenträger wohnten heute Mittag 1 Uhr der feierlichen Taufe des am 9. d. M. geborenen Sohnes des Prinzen Friedrich August in der Kapelle des Palais am Taschenbergplatz bei. Der Prinz erhielt die Namen Ernst Heinrich. Als Taufzeugen fungirten Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, Seine königliche Hoheit der Großherzog von Toskana, der Erzherzog Otto mit Gemahlin, die Erzherzogin Margarethe von Oesterreich, die sich vertreten lassen, sowie der Erzherzog Josef, der anwesend war. Die Taufe vollzog mit der katholischen Geistlichkeit Bischof Dr. Wahl.

\* Wien, 10. Dez. Budgetberatung im Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister erklärte, die Regierung sei sich der Pflichten sozialpolitischer Reformen vollständig bewußt, und wies auf die Civilprozessordnung, auf die progressive Einkommensteuer und die Gesetze zu Gunsten der Staatsbeamten und Staatsdiener hin, sowie auf den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Er verwahrte die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie durch den Vorbehalt der Einführung der erhöhten Börsensteuer für einen geeigneten Zeitpunkt der Börse größeres Wohlwollen entgegenbringe als der Landwirtschaft und dem Gewerbe. Er empfahl unter anerkennender Hervorhebung der legislativen Arbeit das Eingehen in die Spezialdebatte. Am Schluß der Rede erklärte Bilinski, dem Hause sei der Vorwurf gemacht worden, daß es in der Richtung der Politik nicht thatsächlich eingreife. Das Haus habe bereits in einer wichtigen Periode der Session thatsächlich eingegriffen. Allerdings sei diese Periode nicht von Dauer

gewesen. Er glaube deshalb, daß dort, wo es nicht politische, sondern nationale Parteien gebe, eine absolute Majorisirung unmöglich sei. Eine Partei könne die andere majorisiren, ein Volk das andere nicht. In dieser Beziehung gebe es nur Unterdrückung eines Volkes durch das andere, mit der weiteren Absicht der Vernichtung des zweiten Volkes oder ein Kompromiß auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Anerkennung der Gleichwertigkeit. Darin liege, glaube er, der Grund, weshalb das Haus weiter diese energische Einflußnahme auf die Richtung der Politik nicht nehmen könne.

\* Wien, 10. Dez. Das Abgeordnetenhaus beschloß heute mit großer Mehrheit, in die Einzelberatung des Staatsvoranschlags einzutreten. Dagegen stimmten die Deutschböhmern, Deutschnationalen, Jungtschechen und Antisemiten; dafür die deutsche Linke.

\* Wien, 11. Dez. Der als Delegirter der reichsländischen Eisenbahn für die Fahrplanberathung hier weilende Regierungsrath Schieffer aus Straßburg ist plötzlich gestorben.

\* Wien, 10. Dez. Die Meldung der „Times“, daß der russische Botschafter Nelidow erst nach Weihnachten von St. Petersburg nach Konstantinopel zurückkehren wird, gilt hier für richtig.

\* Wien, 10. Dez. Morgen Abend trifft Seine Majestät König Alexander von Serbien aus Venedig hier ein. Er verbleibt bis Montag Abend. Der Kaiser ist bis Sonntag auf Hochwildjagd in Sijenerz.

\* Budapest, 10. Dez. Abgeordnetenhaus. Bei der Berathung des Gesetzentwurfes über das Rekrutenkontingent trat der Honvedminister, Baron Fejervary, den Behauptungen mehrerer Oppositioneller entgegen, als ob das gemeinsame Heer eine österreichische Armee sei. Das Heer sei nach dem Geetze österreichisch-ungarisch. Die Unabhängigkeitspartei verlange alljährlich Artillerie, Genie und Generalstab für die Honvedarmee und begründe dies damit, daß die Honvedarmee eine selbständige Armee sei. Davon könne jedoch keine Rede sein. Nach dem Geetze sei die Honvedarmee ein Theil der Wehrkraft und habe dieselben Aufgaben wie das gemeinsame Heer. Sie sei deshalb von demselben Geiste und Pflichtgefühl befeelt. Die Vorlage wird sodann im allgemeinen und im einzelnen angenommen.

\* Paris, 10. Dez. Die Kommission zur Vorberathung der Zuckersteuervorlage hat den von dem Deputirten Grauy erstatteten Bericht angenommen.

\* Rom, 10. Dez. (Deputirtenkammer.) Abg. Macola erregt durch Anspielung auf eine an den Afrikaforscher Deborard verliehene Ordensauszeichnung lebhafteste Bewegung. Kriegsminister Pelloux und Ministerpräsident Rudini verteidigen die Haltung der Regierung. Es folgt sodann ein heftiger Aufritt zwischen den Abgeordneten Macola, Rocenni, Ambriani, Ferry und Santini. Die Sitzung wird unterbrochen. Santini soll dem Ferry seine Zeugen geschickt haben. Ohne weitere Zwischenfälle wird sodann die Sitzung fortgesetzt.

\* London, 10. Dez. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Kairo gemeldet: Von amtlicher Seite wird das Gerücht für unbegründet erklärt, ein französisches Syndikat habe der ägyptischen Regierung angeboten, ihr 1/2 Million, die aus der Schuldenlast entnommen wurde, vorzuschließen. Ein derartiges Anerbieten ist nicht gemacht worden.

\* London, 10. Dez. Bei Reuter's Bureau eingegangene Nachrichten aus Nyanze vom 25. Oktober melden, daß infolge der Erhebung der Matabele der Zulustamm der Angoni unter dem Häuptlinge Chibusi einen Angriff gegen einen Theil des Gebietes im Nordwesten des Nyassalandes unternommen habe. Die englische Missionsstation wurde geplündert, die Dörfer verwüstet und die Eingeborenen getödtet. Die Engländer sandten von Zomba und anderen Punkten aus etwa 500 Mann Truppen gegen die Aufständischen.

\* London, 10. Dez. In der St. James-Halle wurde heute unter dem Voritze des Unterhausmitgliedes James Lowther eine Versammlung von Anhängern einer Steuerreform auf schutzöllnerischer Grundlage abgehalten. Es wurde ein Beschlusantrag angenommen zu Gunsten eines Schutzes der heimischen Industrie, wobei jedoch eine nicht verjagende Zufuhr von Nahrungsmitteln gewährleistet und den einheimischen Gewerben ihre Absatzmärkte mittelst eines Systems der gegenseitigen Bevorzugung zwischen allen Theilen des Britischen Reiches gewährt werden sollen.

\* London, 10. Dez. Die „St. James-Gazette“ hält die Wichtigkeit der jüngst verbreiteten Gerüchte aufrecht, nach welcher die Regierung beabsichtigt, die Armee zu

